Antrag 505/I/2022
Jusos Landesvorstand
Der Landesparteitag möge beschließen:
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Kein Konsens)

Krisengewinne umverteilen - Übergewinnsteuer einführen und Kartelle zerschlagen!

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, innerhalb der Ampel-Koalition schnellstmöglich die folgenden Maßnahmen gegen Gewinne aus der kriegs- und Krisensituationen durchzusetzen:

- Die Übergewinnsteuer muss eingeführt werden. Diese Sonderabgabe soll Unternehmen besteuern, die durch den russischen Krieg gegen die Ukraine einen über den „Normalgewinn“ hinausgehenden Gewinn erzielt haben. Was als „Übergewinn” gelten soll, muss gesetzlich definiert werden. Des Weiteren soll der Kreis der zu besteuernden Unternehmen, der Erhebungszeitraum und der Steuertarif bestimmt werden. Das Ziel einer solchen Abgabe ist es, zusätzliche staatliche Einnahmen von „Krisengewinnern“ zu generieren, um die Finanzierung weiterer Entlastungspakete zu sichern.
- Gewinne von Kapitalgesellschaften müssen stärker besteuert werden. Die Steuern auf Gewinne dieser Unternehmen müssen progressiv ansteigen.
- Das Kartellrecht muss verschärft werden. Dabei muss die Möglichkeit der Zerschlagung von Konzernen geschaffen sowie die Maßnahme der Enteignung als ultima ratio bei Machtmissbrauch geprüft werden.

Begründung

Während die Menschen in der Ukraine unter Putins Bombenterror leiden und der rasante Anstieg der Lebenshaltungskosten viele Menschen bedroht, streichen einige Unternehmen ungehindert Krisengewinne ein. Insbesondere in dieser Krise zeigt sich, dass die Umverteilung von unten nach oben erfolgt, wenn Politik nicht konsequent einschreitet. Die durch die SPD-geführte Bundesregierung durchgesetzten Entlastungspakete haben einige Härten auffangen können, jedoch können einige der beschlossenen Maßnahmen ohne weitere Verschärfungen keine Wirkung entfalten. Dies gilt für den von der FDP durchgesetzten Tankrabatt, der in seiner jetzigen Form - wie vorausgesagt - ausschließlich die Kassen der Mineralölkonzerne füllt. Die Senkung der Energiesteuer hat nur kurzzeitig zu einem tatsächlichen Sinken der Tankpreise geführt. Schon schnell haben Mineralölkonzerne die Preise wieder erhöht und streichen Vorteile der Steuersenkung so selbst ein. Die Krisen- und Kriegsgewinne einiger Unternehmen müssen aber insbesondere in Zeiten, in denen immer mehr Menschen von Armut bedroht sind, dem All-

gemeinwohl zu Gute kommen und dieses finanzieren. Eine Übergewinnsteuer, das zeigen Beispiele aus Großbritannien und Italien, ist effektiv in der Lage etwaige Gewinne aus Krisen gezielt zu besteuern und so dem Fiskus zuzuführen. Genau solche positiven Effekte hat der progressive Anstieg der Gewinnsteuer. Das zusätzliche Steueraufkommen kann wiederum für zusätzliche Entlastungen der Bürger*innen genutzt werden.

Gleichzeitig sind Mineralölkonzerne vornehmlich in Oligopolen organisiert. Auch, wenn das Bundeskartellamt die Preisentwicklungen besonders scharf beobachtet, fehlt es im Kartellrecht an konsequenteren Maßnahmen, die Macht der Konzerne zu verringern und einzugreifen.

Die Maßnahmen gegen Gewinne aus der Krise bewirken, dass das Problem im Kern angegangen wird und nicht nur Auswirkungen abgemildert werden.